

Präsidentin des Nationalrates  
Doris Bures  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 6. September 2016

Geschäftszahl (GZ): BMWFW-10.101/0380-IM/a/2016

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 9742/J betreffend "Erhöhung der Staatsausgaben", welche die Abgeordneten Werner Neubauer, Kolleginnen und Kollegen am 6. Juli 2016 an mich richteten, stelle ich fest:

**Antwort zu den Punkten 1 bis 9 der Anfrage:**

Bei der gegenständlichen Grafik handelt es sich um die Darstellung einer international standardisierten Statistik, bei der die Ausgaben des Gesamtstaates gemäß dem Konzept des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) aufgegliedert nach COFOG (Classification of the Functions of Government)-Gruppen dargestellt werden.

Ein unmittelbarer Zusammenhang mit den Ausgaben einzelner Ressorts lässt sich aus dieser Statistik nicht ableiten, da einerseits die Ausgaben nicht nur des Bundes, sondern auch der Bundesländer, Gemeinden, Sozialversicherungsträger und zahlreicher ausgegliederter Rechtsträger dargestellt werden, und andererseits die Gliederung nach COFOG sich nicht mit der Ressortgliederung deckt. So umfassen die zur COFOG-Gruppe "Wirtschaft" genannten Summen neben den Ausgaben für Arbeitsmarkt, Land- und Forstwirtschaft und Verkehr etwa auch die Ausgaben im Rahmen des Bankenpakets.

Unbeschadet dessen ist festzuhalten, dass den wichtigsten mein Ressort betreffenden Teilbereich der COFOG-Gruppe "Bildung" die Ausgaben für die Universitäten dar-

stellen, welche 2011 bis 2015 um rund € 300 Mio. gestiegen sind, was einem Zuwachs von etwa 11 % entspricht. Eine Kürzung des Universitätsbudgets ist nicht vorgesehen. Für die Leistungsvereinbarungsperiode 2016 - 2018 wurden universitäts-spezifische Strukturreformen und Effizienzsteigerungen im Ausmaß von insgesamt rund € 300 Mio. vereinbart, die den Universitäten zu ihrer Verwendung verbleiben.

Dr. Reinhold Mitterlehner

